

Paul Roth

Die „Neue Weltinformationsordnung“ und die Krise der UNESCO

Jahrelang ist der Streit über eine „Neue Weltinformationsordnung“ (NWIO) oder (seit 1980) „Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung“ (NWIKO) lautstark – vor allem auf den Generalkonferenzen der UNESCO – ausgetragen worden. In dieser Zeitschrift wurde über die drei Grundpositionen in dieser Auseinandersetzung und die Einstellung der katholischen Kirche hierzu berichtet¹. Inzwischen ist es einigermaßen ruhig geworden. Das liegt nicht daran, weil etwa das Problem gelöst worden wäre – die drei Grundpositionen lassen sich nicht zu einer Position zusammenquirlen –, es liegt vielmehr daran, daß die UNESCO in eine bedenkliche Krise geraten ist.

Einer der Gründe für diese Krise ist der Streit über die NWIO oder – genauer gesagt – der Austritt der USA und Großbritanniens aus der UNESCO. Die Sachkenner wußten schon lange, daß die UNESCO nicht gerade umsichtig mit ihren Geldern umgeht, daß sie einen Verwaltungswasserkopf hat. Kritisiert wurde auch die etwas selbstherrliche Art des Generaldirektors der UNESCO, Amadou Mahtar M'Bow, und das ständige „Abdriften“ der UNESCO aus dem kulturellen in den politischen Bereich. Hierzu hat die Sowjetunion einen ganz entscheidenden Beitrag geleistet.

Trotzdem raufte man sich auf den Generalkonferenzen der UNESCO immer wieder zu gemeinsamen Resolutionen zusammen, weil niemand diese Weltorganisation kaltstellen wollte. So wanderte auch das Thema NWIO ungelöst, aber in schöne Formeln verpackt von einer Generalkonferenz zur nächsten. Auf der 20. Generalkonferenz der UNESCO 1978 in Paris kam auch wieder durch Akklamation eine Resolution zustande, deren Überschrift bereits erkennen läßt, daß man krampfhaft einen gemeinsamen Text zusammengestellt hat: „Erklärung über die Grundprinzipien für den Beitrag der Massenmedien zur Verstärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, zur Förderung der Menschenrechte und zur Bekämpfung des Rassismus, der Apartheid und Kriegshetze.“

Es kann nicht bestritten werden, daß eine Reihe von Forderungen von Entwicklungsländern, die ja diese NWIO verlangt hatten, berechtigt ist. Und in einigen Bereichen haben westliche Demokratien auch effektive Hilfe geleistet, um Entwicklungsländern zu einem eigenen Mediensystem zu verhelfen. In einer Frage jedoch konnten und wollten die westlichen Demokratien nicht nachgeben: in der zentralen Frage nach dem Menschenrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit.

In dieser Frage stellten sich die sozialistischen Staaten und eine Reihe von Entwicklungsländern auf den Standpunkt, daß der Staat über diesem Menschenrecht stehe. Anders ausgedrückt: Die angestrebte NWIO sollte zwar den internationalen Informationsfluß verbessern, aber ihn in die vom Staat vorgesehenen Kanäle leiten.

Die Krise der UNESCO

Als sich Ende der siebziger Jahre die politische Großwetterlage (Aufstellung der sowjetischen Mittelstreckenraketen, NATO-Doppelbeschluß, sowjetischer Einmarsch in Afghanistan) verschlechterte, mußte sich dies auch auf die Auseinandersetzung um die NWIO/NWIKO auswirken. Die sowjetische „Konterpropaganda“ beschuldigte die westlichen Demokratien – an ihrer Spitze die USA –, einen freien Informationsfluß nur zu fordern, um „ideologische Diversion“, „Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten“, „elektronischen Imperialismus“ zu betreiben, und bot sich den Entwicklungsländern wärmstens als Verbündeter im Kampf um die NWIO an.

Auf der 22. Generalkonferenz der UNESCO 1983 in Paris prallten die unterschiedlichen Positionen wieder hart aufeinander. Die USA drohten mit der Einstellung ihrer Beitragszahlungen an die UNESCO, falls die Organisation Maßnahmen ergreifen würde, die die Pressefreiheit einschränken könnten. Ende 1983 kündigten die USA ihre UNESCO-Mitgliedschaft für Ende 1984. Präsident Reagan und seine Administration gingen von dem Standpunkt aus, daß es falsch sei, eine Organisation mitzufinanzieren (der Anteil der USA am UNESCO-Budget beträgt ein Viertel), die mit Geld nicht umgehen könne und eine Politik fördere, die der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen von 1948 widerspreche.

Die amerikanische Administration fühlte sich in ihrem Mißtrauen bestärkt, da die Madrider KSZE-Folgekonferenz (1980–1983) zwar eine Schlußresolution zur Welt brachte, aber – auf Grund des Widerstands der Sowjetunion – keinerlei Fortschritt erkennen ließ. Auch hatte die 37. Generalkonferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1982 mit 107 gegen 13 Stimmen eine Resolution „Grundsätze der Vereinten Nationen zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die internationale Fernseh-Direktübertragung durch Staaten“ beschlossen, die auf einen sowjetischen Antrag aus dem Jahr 1972 zurückging. Diese Grundsätze sehen vor, daß grenzüberschreitende Sendungen über Satelliten nur mit Zustimmung des Empfängerlandes zulässig sind und daß eine Staatsverantwortung für die ausgestrahlten Sendungen unterstellt wird.

Der Austritt der USA ist nicht nur von sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern heftig kritisiert worden; auch westliche Staatsmänner haben ihn mißbilligt. Offensichtlich erreichte die Einstellung der Beitragszahlungen der USA

jedoch mehr als die in den Diskussionen vorgebrachten Menschenrechtsargumente. Andere Staaten wie Großbritannien und Dänemark äußerten ebenfalls Kritik an dem Gebaren der UNESCO. Außenminister Genscher schrieb an M'Bow einen „moderaten Brief“², in dem er unter anderem darauf verwies, daß die UNESCO sich „teilweise“ von ihren Aufgaben entfernt habe. M'Bow mußte nun überlegen, wie er durch Reformen die USA zur Rückkehr bewegen und den angedrohten Austritt Großbritanniens verhindern konnte.

Die 23. Generalkonferenz der UNESCO 1985 in Sofia hatte auf Grund dieser Situation ein völlig anderes Klima. Das Nullwachstum des UNESCO-Budgets wurde bestätigt, das Programm wurde beschnitten. Und auf einmal war man auch bereit, von der NWIKO als einem „kontinuierlichen Prozeß“ zu sprechen, wie es vorher schon von westlichen Demokratien gefordert worden war. Die Sowjetunion und ihre Anhänger sowie eine Reihe von Entwicklungsländern gaben sich gemäßigt; sie befürchteten den Austritt Großbritanniens aus der UNESCO.

Der iranische Kultur- und Bildungsminister Iraj Fazel, der die iranische Delegation in Sofia leitete, rief zwar in seiner Rede vor den Konferenzteilnehmern die Länder der Dritten Welt dazu auf, ein koordiniertes Massenmediensystem zu bilden, das der „Propagandamaschinerie der Supermächte“ entgegengesetzt werden könne; aber zu diesen Supermächten gehört nun einmal auch die „gottlose“ Sowjetunion. So konnte der iranische Minister von dort keine Unterstützung erwarten. Und einen Monat darauf übernahm die IRNA (Islamic Republic News Agency, 9. 11. 1985) aus Sofia folgende Mitteilung: „Drei Tage früher als geplant klang jetzt die 23. Generalkonferenz der UNESCO in Sofia aus. Nach Mitteilung des stellvertretenden Generaldirektors der Organisation konnte die Entscheidung über eine frühzeitige Beendigung der Konferenz aufgrund der allgemein freundlichen Atmosphäre während der Diskussionsrunden sowie der flüssigen Regelung auch der delikaten Diskussionspunkte getroffen werden.“

Der Schweizer Botschafter, der an der UNESCO-Generalkonferenz teilgenommen hatte, sprach von einer „Trendwende“, und die „Neue Zürcher Zeitung“ gab einem zusammenfassenden Bericht über Sofia die Überschrift „Ein ‚Wunder von Sofia‘ für die UNESCO?“ (Man beachte das Fragezeichen!)³. Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ (13. 11. 1985) lobte, daß überall ein Konsens erreicht worden sei, daß Sofia mit „konstruktiven, die Völker ermutigenden Ergebnissen abgeschlossen werden konnte“ („Die UNESCO – eine Stätte des völkerverbindenden Dialogs“). Das „Neue Deutschland“ erwähnte allerdings nicht, was denn zur Konsensbereitschaft geführt hatte. Und sogar das sowjetische Regierungsorgan „Iswestija“ (10. 11. 1985) sprach von einem Erfolg.

Die britische Regierung ließ sich jedoch von diesem Ergebnis, das ganz offensichtlich den Austritt Großbritanniens verhindern sollte, nicht beeindrucken. Großbritannien erklärte seinen Austritt und brachte nun die UNESCO in noch größere Schwierigkeiten. Dieser Schritt wurde wiederum heftig kritisiert. Die

„Iswestija“ behauptete, Großbritannien habe auf Anweisung Washingtons gehandelt (7. 12. 1985). Aber auch westliche Demokratien bedauerten den Schritt. Das Kündigungsschreiben aus London warf der UNESCO Verschwendung, übermäßige Bürokratisierung, autoritäre Leitung und die Verbreitung von Gedanken, die dem britischen Volk zuwider seien, vor.

Der von M'Bow angekündigte Personalabbau brachte den Generaldirektor bald in Konflikt mit dem UNESCO-Personal. Im Pariser Hauptquartier der UNESCO kam es zu einem Streik, der Vorsitzende des Personalrates trat sogar in Hungerstreik, und das alles in der Woche, als man in Paris den 40. Geburtstag der UNESCO feiern wollte. Wie es weitergehen wird, weiß niemand. Ministerialdirektor B. Witte, Leiter der deutschen Delegation in Sofia, drückte das in einem Artikel bereits durch die Überschrift aus: „UNESCO: Dauerkrise oder bessere Zukunft?“⁴

Die Krise der UN

Die Themen grenzüberschreitender Informationsfluß und kultureller Austausch spielen auch in den Vereinten Nationen und auf den KSZE-Konferenzen eine Rolle. Als die UNESCO ins Kreuzfeuer der Kritik geriet, gerieten auch die UN ins Feuer der Kritik, auch wenn es dabei nicht direkt um die Informationsproblematik ging. Seit 1978 gab es in den UN ein Komitee für Probleme der Information. Die Resolution der UN zum Thema „Fernsehübermittlung durch Satellit“ aus dem Jahr 1982 ist bereits erwähnt worden.

Anläßlich des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen legte der UN-Kontrollinspektor Maurice Bertrand einen umfassenden Bericht vor, in dem es hieß, die UN seien eine ineffiziente Organisation, die sich dringend wandeln und den Verhältnissen der Zeit anpassen solle⁵. Ende 1985 verabschiedete der amerikanische Kongreß eine Bestimmung, die USA sollten ihren Anteil am UN-Haushalt von 25 Prozent auf 20 Prozent kürzen. Und bald darauf verlangte die amerikanische Administration, die drei sowjetischen Missionen bei den UN von 275 auf 170 Personen zu verringern, zumal die USA bei den UN nur ein Kontingent von 126, die Volksrepublik China von 116 Personen hatten.

Die Sowjetunion hat als einziger Staat der Welt in den UN und in der UNESCO statt einer jeweils drei Stimmen (Sowjetunion, Weißrußland, Ukraine). Dieses Zugeständnis aus der Nachkriegszeit ist nie revidiert worden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß ein erheblicher Teil des sowjetischen UN-Personals Spionage betreibt. Der sowjetische Diplomat A. Schewtschenko, der mehrere Jahre lang stellvertretender Generalsekretär der UN war, hat dies in seinem Buch anschaulich dargestellt⁶.

Die amerikanische Beitragskürzung und die Forderung nach Verminderung des

sowjetischen UN-Personals war nicht mit einem Hinweis auf das UN-Informationskomitee verbunden, aber zumindest indirekt wurde auch dieses Komitee in die Krise mit hineingezogen.

Die KSZE-Kulturkonferenz fand 1985 erstmals in einem Land des Warschauer Pakts (Budapest) statt. Sie ging ohne gemeinsame Schlußerklärung zu Ende, weil es zu einem Streit zwischen den „Bruderländern“ Rumänien und Ungarn kam, Rumänien verweigerte seine Unterschrift unter das magere Schlußprotokoll. Das mehrwöchige KSZE-Expertentreffen über Kontakte zwischen Einrichtungen, Menschen und Organisationen 1986 in Bern ging ebenfalls ohne gemeinsame Schlußerklärung zu Ende. Diesmal verweigerten die USA die Unterschrift unter das Schlußdokument.

Das Thema NWIO auf Sparflamme

Alle diese Ereignisse machen verständlich, daß man seither in den UN und der UNESCO das Reizthema „Neue Weltinformationsordnung“ lieber etwas im Hintergrund läßt. Das bedeutet allerdings nicht, daß das Thema verschwunden ist. Dafür einige kleine Beispiele: Im Januar 1985 wurde aus Neu-Delhi gemeldet, daß eine Organisation der Informationsmedien der blockfreien Staaten gegründet wurde. Sie trägt den Namen „Namedia“. Im März 1986 unterzeichneten die iranische Nachrichtenagentur IRNA und die kubanische Nachrichtenagentur PRENSA LATINA in Havanna ein Abkommen über größere Zusammenarbeit.

Wie die Bundesregierung ihren Anteil an der Hilfe für Entwicklungsländer verstanden sehen möchte, soll ebenfalls durch zwei Beispiele angedeutet werden: Im Januar 1986 wurde aus Nairobi gemeldet, daß die Bundesrepublik Deutschland die Errichtung nationaler Nachrichtenagenturen in sieben Ländern Ost- und Südwestafrikas in Höhe von 440 000 Dollar finanzieren wird, um den Informationsfluß zwischen den ländlichen und städtischen Regionen zu verbessern. Wie im Juni 1986 aus Mali gemeldet wurde, haben dort die Deutsche Welle und das malische Rundfunk- und Fernsehwesen ein Ausbildungsseminar für einheimische Journalisten organisiert.

In Nuancen scheint auch eine gewisse Zurückhaltung bei Entwicklungsländern deutlich zu werden. Ende Mai 1986 rief Simbabwe Minister für Information, Post und Fernmeldewesen, N. Shamuyarira, Vorsitzender des Rats der Panafrikanischen Nachrichtenagentur (die PANA wurde u. a. durch die UNESCO und die Bundesrepublik Deutschland finanziell auf die Beine gebracht), die Mitgliedsstaaten der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) dazu auf, „unsere Kapazität zur Konfrontation eines Angriffs der Supermächte“ im Bereich des Informationswesens zu stärken. Er warnte weiter: „In Afrika wird sowohl die Propaganda des Ostens wie auch des Westens verstärkt werden, aber diejenige der Vereinigten

Staaten hat in der Region bereits beträchtlich zugenommen.“ Die „Nuance“ ist hierbei die Nennung von Ost *und* West, während es lange üblich war, nur den Westen anzuklagen.

Zum Abschluß dieses Abschnitts noch ein Beispiel, das die vorsichtigere Gangart von UNESCO und UN deutlich macht. Im April 1986 fand in Kopenhagen das zweite Round-table-Gespräch über die NWIKO statt, organisiert durch UN und UNESCO. Das Programm umfaßte vier Punkte: Internationaler Informationsstrom und Beseitigung von Ungleichheiten; Medienfreiheit und Kommunikationspluralität; Zutritt und Anteil an der Kommunikation; endogene Kommunikationsentwicklung und Kommunikationstechnologie.

Die sowjetische „Konterpropaganda“

In der Sowjetunion läuft die „Konterpropaganda“ gegen die westlichen Massenmedien weiter auf höchsten Touren. So berichtete zum Beispiel das Parteiorgan „Prawda“ (7. 4. 1986) über die „Opfer der Monopole. Über die ‚Informationsfreiheit‘ in den Ländern des Kapitals“. Eingeleitet wurde der Artikel durch ein Zitat aus dem Parteiprogramm: „Der Imperialismus hat das massenhafte Verbrechen und den Terrorismus hervorgebracht, die die kapitalistische Gesellschaft verschlingen. Immer unheilvoller wird die Rolle der bürgerlichen Massenmedien, die das Bewußtsein der Menschen im Interesse der herrschenden Klasse verdummen.“

Im gleichen Monat April 1986 meldete Radio Moskau, daß in der afghanischen Hauptstadt Kabul eine Konferenz über das Thema „Neue Internationale Informationsordnung im Interesse der Unabhängigkeit, der Freiheit und des Friedens“ durchgeführt wird. Diese Konferenz soll den Kampf gegen den „Informationsimperialismus“ aktivieren, das heißt gegen die „Invasion der monopolisierten Massenmedien großer kapitalistischer Länder in den Bereich von Presse, Rundfunk und Fernsehen der Entwicklungsstaaten und die Verbreitung von Materialien in diesem Gebiet, die die Politik des Imperialismus durch Propaganda gewährleisten sollen“.

Die Abhaltung einer solchen Konferenz in Kabul zeigt, daß die sowjetischen Vorstellungen von einer Informationsordnung völlig unvereinbar sind mit dem westlich-demokratischen Verständnis von Meinungs- und Pressefreiheit. Das afghanische Mediensystem ist seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im Jahr 1979 nach sowjetischem Vorbild und unter sowjetischer Anleitung aufgebaut worden. Das afghanische Fernsehen bekommt einen Teil seiner Programme aus der Sowjetunion. Und jene ausländischen Journalisten, die sich nicht von den Staatsorganen führen lassen, sondern ihre Informationen auf der Seite der Widerstandskämpfer suchen, gelten von vornherein als Spione.

Die internationale Journalistenorganisation (IOJ)

Viel zuwenig Aufmerksamkeit ist bei der Auseinandersetzung um die NWIO der Internationalen Journalistenorganisation (IOJ) gewidmet worden, die ihr Hauptquartier formal in Prag hat. Vielfach wird sie als von Moskau gelenkte Welttarnorganisation bezeichnet. Ihr Präsident, der finnische Professor Nordenstreng, bezeichnet sie als internationale, unabhängige Organisation, die zusammen mit anderen Organisationen für den Weltfrieden kämpft.

Die IOJ hat sich auf ihren Kongressen, Tagungen und in ihrem wichtigsten Organ „Der demokratische Journalist“ (erscheint in russischer, englischer, französischer und spanischer Sprache) immer für eine NWIO nach sowjetischer Vorstellung eingesetzt. Unaufhörlich wiederholte sie die Vorwürfe gegen die „kapitalistischen Massenmedien“, gegen die „ideologische Diversion“, den „elektronischen Imperialismus“ usw. Vergeblich sucht man nach irgendeiner kritischen Bemerkung gegenüber dem Mediensystem in den sozialistischen Staaten.

Wie stark sich die IOJ am sowjetischen Vorbild orientiert – oder auch von Moskau gelenkt wird –, soll an einem Beispiel deutlich gemacht werden. Die sowjetischen Massenmedien übten jahrelang gegenüber Papst Johannes Paul II. eine auffallende Zurückhaltung. Vor allem seit den Unruhen in Polen griffen sie jedoch zunehmend den Papst an⁷. Die IOJ vermied bisher Angriffe auf den Papst oder die katholische Kirche, sicherlich deswegen, weil sie an einer Zusammenarbeit mit katholischen Journalisten (z. B. in Lateinamerika) interessiert ist. Im Herbst 1985 erschien jedoch in der russischen Ausgabe des „Demokratischen Journalisten“⁸ ein übler Artikel von N. Walentinowa „Der propagandistische Kurs des Vatikans“. Dem Heiligen Stuhl und dem Papst wurde in diesem Artikel vorgeworfen, eine antidemokratische und volksfeindliche Politik – in Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus – zu betreiben. In der englischen Ausgabe der Zeitschrift fehlte dieser Artikel.

Diese Angriffe wurden in der russischen Ausgabe des „Demokratischen Journalisten“ im Jahr 1986 fortgesetzt. Ein Fortsetzungsartikel der beiden sowjetischen Autoren A. Gusew und W. Owtschinnikow, „Die Frohbotschaft für Afrika. Anmerkungen über die katholische Propaganda“⁹, kritisiert diese „Propaganda“ als antirevolutionär und antikommunistisch, als klerikal und äußerst bedrohlich für die freiheitliche Entwicklung der Entwicklungsländer. Unter anderem schreiben die Autoren: „Die Position der Kirche wird verständlich, wenn man darauf verweist, daß sie selber aktiv an der neokolonialistischen Ausbeutung des Kontinents teilnimmt.“

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die IOJ, die bei der UNESCO den Status B innehat und – nach ihren eigenen Angaben – in der ganzen Welt 200 000 Mitglieder zählt, in Zukunft weiter das sowjetische Konzept der NWIO wie auch die sowjetischen Friedenspläne anbieten wird.

Unterstützung der UNESCO

Die Sowjetunion, die sozialistischen Staaten und die IOJ haben beteuert, daß sie die UNESCO weiter unterstützen werden. Sie werfen den USA und deren Verbündeten vor, daß diese die UNESCO entmachten wollten, da sie nicht mehr in der Lage seien, die UNESCO für ihre eigenen Interessen einzuspannen. Die UNESCO wird jedoch keineswegs nur von sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern gestützt. Die meisten westlichen Demokratien und auch der Heilige Stuhl haben klar gesagt, daß die Arbeit der UNESCO weiter notwendig und nützlich sein soll, vorausgesetzt, die Mängel der Organisation werden rechtzeitig überwunden. Auch die internationale Organisation der katholischen Journalisten (UCIP) hat sich in diesem Sinn geäußert.

Wie kommt das? Ministerialdirektor Witte schreibt in seinem bereits erwähnten Artikel¹¹: „Erste und wichtigste Aufgabe der in der UNESCO bleibenden westlichen Länder ist also, den drohenden Rückschlag zu verhindern und im Dialog mit der Dritten Welt zu erreichen, daß die Reform weitergeht. Auf keinen Fall darf das Feld der Sowjetunion und dem radikalen Flügel der Dritten Welt überlassen werden... In der sich überaus rasch entwickelnden Kommunikationsgesellschaft, angesichts der wachsenden Herausforderung aller Staaten, Völker und Menschen durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung gibt es keine isolierten nationalen oder regionalen Lösungen mehr. Die bilaterale Zusammenarbeit reicht nicht mehr aus, um den Entwicklungsprozeß zumal der Dritten Welt zu beschleunigen und in die gewünschte Richtung zu lenken.“

Die Ziele, die bei der Unterstützung der UNESCO von den sozialistischen Staaten auf der einen Seite und den westlichen Demokratien auf der anderen Seite verfolgt werden, sind allerdings sehr verschieden. In einem Punkt besteht jedoch Übereinstimmung. Es gibt keine andere internationale Organisation, die als Forum für die Diskussion über Fragen der Kultur und des Kulturaustauschs zur Verfügung steht. Würde sie ihre Bedeutung völlig einbüßen, so wären vor allem die Entwicklungsländer die betroffenen Opfer.

Die internationale katholische Journalistenorganisation (UCIP)

In diesem Zusammenhang soll eine internationale katholische Organisation herausgestellt werden, die sich seit langem mit der Situation der Entwicklungsländer im Medienbereich befaßt. Es ist die internationale Organisation katholischer Journalisten, deren Tradition seit der Gründung im Jahr 1927 in Brüssel nicht abgerissen ist. Bei der Gründung trug sie den Namen „Bureau International des Journalistes Catholiques“, seit 1935 „Union Internationale de la Presse Catholique“ und seit 1965 „Union Catholique Internationale de la Presse“ (UCIP). Die

letzte Namensänderung läßt erkennen, daß es sich um eine Organisation für alle katholischen Journalisten handelt, also nicht nur für jene, die in katholischen Publikationen oder für sie arbeiten.

Die UCIP ist die vom Heiligen Stuhl anerkannte autonome internationale katholische Berufsorganisation der Presse. Bei der UNESCO hat sie den Status B (nichtstaatliche internationale Organisation). Sie arbeitet zusammen mit den anderen katholischen Weltorganisationen für Rundfunk und Fernsehen, für Film und Nachrichtenagenturen. Sie ist im Internationalen Katholischen Zentrum für die UNESCO (CCIC) vertreten sowie in der Päpstlichen Kommission für die soziale Kommunikation. Die UCIP hat Mitglieder und Organisationen in allen Erdteilen.

Noch bevor die Pastoralinstruktion „*Communio et Progressio*“ im Jahr 1971 erschien, hatte sich die UCIP mit der Situation der Entwicklungsländer im Medienbereich befaßt. Die Pastoralinstruktion hob hervor, daß die Entwicklungsländer Hilfe für ihre Kommunikationssysteme bräuchten. Die UCIP hat bereits in den sechziger Jahren mit Aktionen für Medien in Entwicklungsländern begonnen. So wurde, auf Anregung der UCIP, im Jahr 1969 der „Catholic Media Council“ geschaffen. Er kümmert sich seither um die Vermittlung von Hilfen für das Mediensystem in Entwicklungsländern. Er verfügt ferner über eines der besten Informationszentren über die Medien in der Dritten Welt.

Seither gibt es kaum eine Tagung der UCIP, auf der nicht die Frage der Hilfe für Entwicklungsländer auf dem Programm steht. Die UCIP nimmt dabei nicht in Anspruch, für die gesamte katholische Kirche zu sprechen. Die Diskussion in der katholischen Kirche ist noch im Gang. Die UCIP hat auch kein fertiges Modell für eine „Neue Weltinformationsordnung“. Sie hat allerdings Vorstellungen darüber, was geändert werden sollte und was – nach ihrer Auffassung – unverzichtbar ist.

Sie beruft sich zum einen auf Forderungen der erwähnten Pastoralinstruktion, zum anderen auf Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen ihrer Mitglieder aus der ganzen Welt. Sie geht ferner von der Tatsache aus, daß überall dort auf der Welt, wo es keine volle Religions- und Glaubensfreiheit gibt, auch keine Meinungs- und Pressefreiheit existiert. Als Organisation katholischer Journalisten ist sie schließlich überzeugt, daß die Verbreitung der Frohbotschaft ein göttlicher Auftrag ist.

Mit Besorgnis hat die UCIP verfolgt, wie im politischen Schlagabtausch sowohl „Neue Weltinformationsordnung“ wie „freier Informationsfluß“ zu politischen Reizworten geworden sind, wie die Nord-Süd-Problematik immer mehr mit dem Ost-West-Konflikt verquickt wurde. Am Rande darf vielleicht vermerkt werden, daß auf den Diskussionen der UNESCO-Generalkonferenzen die Problematik der religiösen Medien praktisch nicht behandelt worden ist.

Die UCIP und die NWIO

Die UCIP sieht mit Bedauern, daß die UNESCO zur Zeit außerordentlich geschwächt ist. Auf die Frage, wie es dazu gekommen ist, wurde bereits eingegangen. Da jedoch kein anderes vergleichbares internationales Forum zur Verfügung steht, ist die UCIP an der Gesundung der UNESCO interessiert. Ebenfalls ist sie daran interessiert, daß der internationale Informationsfluß und Kulturaustausch sich ändert. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß in zahlreichen sozialistischen Ländern den Gläubigen keine oder nur unzureichende Medien zur Verfügung stehen. Sowjetische Medien haben bereits mehrfach auch die Sendungen von Radio Vatikan als unzulässige Einmischung angeprangert.

Die UCIP identifiziert sich mit keinem der drei bekannten Modelle für eine NWIO. Sie läßt allerdings auch keinen Zweifel daran, daß Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit für sie Voraussetzung für eine Änderung sind. Sie sieht in den Bemühungen um die NWIO vor allem einen Prozeß, aber nicht eine völkerrechtlich festgelegte Regelung. Dies hat auch der Vertreter der UCIP bei der UNESCO, Antonio Pelayo, auf der UNESCO-Generalkonferenz 1985 in Sofia klar gesagt.

Im März 1986 traf sich in Madrid der Rat der UCIP. Er befaßte sich mit der Vorbereitung des nächsten Weltkongresses im Oktober 1986 in Neu-Delhi. Eine eigene Kommission formulierte während dieser Ratssitzung Leitlinien zu Fragen der Information, des Informationsflusses und des Kulturaustauschs. Die Formel „Neue Weltinformationsordnung“ wurde dabei nicht in den Vordergrund gestellt, um von vorneherein deutlich zu machen, daß dieses politische Reizwort inzwischen manche Diskussion eher erschwert als fördert. In der Sache ging es jedoch um die Problematik der NWIO.

Die zwölf Leitlinien oder Thesen, die in Madrid formuliert worden sind, werden sicherlich auf dem nächsten Weltkongreß in Neu-Delhi den Teilnehmern vorgelegt werden. Die zwölf Thesen sind aufgeteilt in zwei Gruppen. Die ersten acht Thesen skizzieren vor allem die Grundsatzposition, die weiteren vier Thesen befassen sich mit den notwendigen Maßnahmen.

Einleitend wird das Recht auf Information, Informationsverbreitung und Meinungsfreiheit herausgestellt. Dieses Recht verbindet wie ein roter Faden auch die anderen Thesen. Diese Freiheit ist notwendig als Voraussetzung für die Arbeit des Journalisten, der feststellen soll, was wirklich geschehen ist. Sie verlangt ferner, daß die Information weder einer wirtschaftlichen noch einer technischen, noch einer politischen Bevormundung unterworfen sein darf; die Information wird als „soziales Gut“ bezeichnet. Informationsfreiheit bedeutet aber auch, daß die Medien nach Überzeugung und Gewissen eingesetzt werden, daß Mannigfaltigkeit und Pluralismus verwirklicht werden müssen.

Der zweite Akzent wurde auf die Tatsache gesetzt, daß zahlreiche Völker und Länder nicht über ausreichende Medien verfügen und auf die Hilfe der Industrie-

staaten angewiesen sind. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Verquickung der verschiedensten Bereiche miteinander verwiesen: Politik, Wirtschaft, Kultur usw. sind einbezogen, wenn es um die Kommunikation geht. Der dritte Akzent liegt auf der Problematik Wahrheit und Verkündung der Heilsbotschaft. An dieser Stelle wird auch auf die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen vom Jahr 1948 verwiesen.

Im zweiten, mehr praxisorientierten Teil der Thesen versichert die UCIP, daß sie sich für eine Verbesserung der weltweiten Kommunikation und für eine Hilfe für die Medien der Entwicklungsländer weiter einsetzen wird. Die Journalisten der Industrieländer werden aufgefordert, sich stärker mit Problemen der Entwicklungsländer zu befassen und Verständnis dafür zu wecken. Gewarnt wird jedoch gleichzeitig davor, eine „neue Ordnung“ durch politische oder juristische Gewaltakte auf den Weg zu bringen. Betont wird der Prozeßcharakter der „Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung“.

Faßt man die Thesen zusammen, kommt man auf vier Zentralbegriffe: im Dienst des Menschen, der Wahrheit, der Freiheit, der Gerechtigkeit.

ANMERKUNGEN

¹ 201 (1983) 18–30; 202 (1984) 299–311.

² FAZ, 22. 1. 1985. ³ NZZ, 13. und 15. 11. 1985.

⁴ In: Außenpolitik 1986, H. 1, 44 ff.

⁵ Kritische Analyse des Uno-Systems, in: NZZ, 17. 10. 1985.

⁶ A. Schewtschenko, Mein Bruch mit Moskau (Bergisch-Gladbach 1985).

⁷ S. z. B. A. Bowin, Der Vatikan zieht die Zügel an, in: Iswestija, 7. 10. 1984.

⁸ 1985, H. 9. 16 ff.

⁹ Ebd. 1986, H. 3, 23 f.; H. 4, 23 f.

¹⁰ S. z. B. G. Uranow, Die wirksame Rolle der UNESCO verteidigen und festigen, in: Kommunist, 1985, H. 18, 19 ff.

¹¹ A. A. O. (Anm. 4) 50 f.